



Ausschussdrucksache 20(13)124dd

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“

BT-Drs. 20/10384

SISTERS - für den Ausstieg aus der Prostitution! e. V. - Ortsgruppe Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Prostitutionsgesetz hatte das Ziel, die Lage der prostituierten Menschen, größtenteils Frauen, zu verbessern. Nachdem dies unzweifelhaft fehlschlug, wurde das Prostituiertenschutzgesetz erlassen, das ebenfalls eine Hilfe für die Menschen in der Prostitution sein sollte. Auch dadurch hat sich die Situation nicht verbessert. Die absolute Minderheit der prostituierten Menschen ist angemeldet oder macht von den Angeboten Gebrauch, die durch die Gesetzesänderungen geschaffen wurden.

Stattdessen ist Deutschland zum Paradies der Menschenhändler und Prostitutionstouristen geworden. Die Gewalt, die die betroffenen Frauen erleiden, ist nicht zurückgegangen. Seit der Legalisierung der Prostitution sind knapp über 100 Frauen in der Prostitution von Freiern oder Zuhältern ermordet worden und seit dem Jahr 2000 gab es dazu etwa noch 60 Mordversuche. Es ist Zeit zuzugeben, dass der bisherige Ansatz gescheitert ist.

Auch international steigt der Druck auf Deutschland, etwas gegen die Krisenzustände in der Prostitution zu unternehmen. Erst letztes Jahr hat das Europäische Parlament zum wiederholten Mal die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Nachfrage zu bekämpfen, und sich für einen einheitlichen Ansatz entlang des Nordischen Modells ausgesprochen, welches die Freier und Zuhälter bestraft und den Betroffenen Straffreiheit und Alternativen bietet. Aber nicht nur das Europäische Parlament fordert die Einführung des nordischen Modells. Im Jahr 2019 wurde das Nordische Modell beim G7-Gipfel ebenfalls allen Mitgliedstaaten empfohlen. 2021 hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ebenfalls eine Empfehlung ausgesprochen.

Der am 20.02.2024 von der CDU/CSU Fraktion eingereichte Antrag zu einer Neuregelung der Prostitutionsgesetzgebung orientiert sich ebenfalls am sogenannten Nordischen Modell, auch Equality Model, das Prostitution entlang der Erfahrungen von prostituierten und aus der Prostitution ausgestiegenen Frauen grundsätzlich als eine Form von Gewalt gegen (größtenteils) Frauen versteht. Die meisten Menschen sind nicht freiwillig und selbstbestimmt in der Prostitution, die Mehrheit will aussteigen, aber hat keine Hilfe oder Möglichkeiten.

In der Prostitution werden Frauen zum bedürfnisbefriedigenden Objekt gemacht. Es geht nicht darum, Konsens oder sexuelle Praktiken zu finden, die der prostituierten Frau und dem Freier Spaß machen. Viele Frauen in der Prostitution haben wenig

Handlungsspielraum, sind auf das Geld angewiesen und müssen daher auch Freier bedienen, vor denen sie sich ekeln. Es werden Praktiken verlangt, die sie eigentlich nicht machen wollen.

Eine Frau in der Prostitution ist kein Gebrauchsgegenstand, welchen ein Mann lediglich für seine sexuelle Befriedigung benutzen kann und dann wieder bei Seite legt. Es geht beim prostituativen Sex ausschließlich um die sexuellen Bedürfnisse des Freiers. Männer die Sex kaufen, machen sich keine Gedanken darüber, dass diese Art von Sex fatale Folgen für die Frauen haben. Viele Frauen leiden noch Jahre nach ihrem Ausstieg unter den psychischen Folgen wie zum Beispiel der Posttraumatischen-Belastungsstörung oder Depressionen.

Häufig wird auch von Gegnern des Sexkaufsverbots behauptet, dass dieses zu mehr Vergewaltigungen führen wird. Das ist eine frauenverachtende Denkweise, die Frauen in und außerhalb der Prostitution in zwei verschiedene Kategorien aufteilt. Nämlich einmal die, die sich aufopfern, und die "normalen" Frauen, die geschützt werden müssen. Frauen in der Prostitution sind aber keine andere Sorte Frau. Zudem unterstellt es Männern völlige Triebhaftigkeit. Prostituierte Frauen werden deutlich häufiger vergewaltigt als Nicht-Prostituierte Frauen. Die Dunkelziffer ist sehr hoch, da der Freier mit der Frau alleine ist und viele sich gar nicht trauen, zur Polizei zu gehen. Wenn Frauen Männern wie Gebrauchsgegenstände völlig legal zur Verfügung gestellt werden, sinkt die Hemmschwelle, weil Männer empathieloser werden und ihr "Recht" auf Sex eher ohne Konsens durchsetzen wollen. Prostitution erhöht also das Risiko von Vergewaltigungen.

Neben der Freierbestrafung, die auf gesellschaftlicher Ebene verdeutlicht, dass es inakzeptabel ist, die finanzielle oder andere Notlage einer anderen Person auszunutzen und sexuellen Konsens durch Geld zu ersetzen, sieht das Equality Model deshalb staatlich geförderte und großflächig aufgestellte

Ausstiegshilfen vor. Als ehrenamtliche Ausstiegshelferinnen haben wir von Sisters e.V. viel Erfahrung mit der Gewalt und dem Schaden, den Prostitution vor allem den Betroffenen aber auch der Gesellschaft als solchen antut. Wir leisten als spendenfinanzierter Verein Hilfe in Einzelfällen, haben aber weder die Reichweite noch die Mittel, allen Menschen beizustehen, die aus der

Prostitution aussteigen wollen – insbesondere auch, weil solange das System Prostitution toleriert wird, die Nachfrage auf Freierseite unweigerlich dazu führt, dass jede Ausgestiegene durch Menschenhandel oder das Ausnutzen prekärer

wirtschaftlicher oder persönlicher Lagen fast sofort wieder ersetzt wird. Nur eine rechtliche und gesellschaftliche Änderung kann dem Abhilfe tun.

Wir begrüßen daher den Antrag und bitten Sie, ihm zuzustimmen.